

## Rot-schwarze Umweltpolitik kostet Milliarden – und bringt nichts!

Die Hälfte der Laster, die über Österreichs Autobahnen donnern, kommen aus dem Ausland. Der Transitverkehr über den Brenner hat sich dank des genialen Transitvertrags der damaligen Großen Koalition mit der EU in den letzten 10 Jahren verdreifacht.

Kein Wunder, daß die Hälfte des Alpentransits bereits über Österreich läuft.

Und was tut die Regierung in ihrem verzweifelten Versuch, die Kyoto-Ziele, die Wirtschaftsminister Bartenstein (!) nicht nur freiwillig eingegangen ist, sondern auch noch selbst erhöht hat, irgendwie annähernd zu erreichen? Sei bittet die österreichischen Steuerzahler zur Kassa.

500 Millionen Euro fließen bis 2012 als „CO<sub>2</sub>-Strafsteuer“ in alternative Energieprojekte im Ausland, im Inland stehen dafür gerade 21 Millionen zur Verfügung.

### Schwarzer Öko-Müll von Andreas Ruttinger

Die VOEST plant aufgrund der guten Auftragslage ein Zweitwerk, aber nicht in Österreich sondern in Rumänien, weil die Produktion in Österreich wegen der CO<sub>2</sub>-Zertifikate nicht rentabel wäre.

Hirnverbrannt auch die Biosprit-Idee von Umweltminister Pröll. Für die angestrebte Beimischung von 10 Prozent Biosprit zum Benzin müßte auf 800.000 Hektar Ackerland Raps angebaut werden. Diese Fläche entspricht der Größe Kärntens! Im Gegenzug wird über das Ökostromgesetz die verstärkte Stromproduktion genau dieser Erneuerbare Energie verhindert. In Deutschland hat dessen Förderung 200.000 Arbeitsplätze geschaffen und das Land in der Photovoltaik zum Weltmarktführer katapultiert.

Die Regierung produziert in Umweltpolitik nur Müll. Politischer Müll, der unseren Unternehmen und den Steuerzahlern teuer zu stehen kommt.

■ Heftige Kritik übten Energiesprecher Karlheinz Klement und Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl an der Energie- und Umweltpolitik der Koalition.

„Über den Ankauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten werden Hunderte Millionen Euro verpulvert, während die erneuerbaren Energien in Österreich mit lachhaften 21 Millionen Euro gefördert werden“, argumentierte Klement. So



Klement und Themessl fordern Aus für Chaos in Klimapolitik und ein Gesamtenergiekonzept.

werde nur österreichische Technologie ans Ausland verschenkt, während im Inland kein Geld zur Verfügung stehe.

Die von Bartenstein forcierte Nabucco-Erdgas-Pipeline schaffe, neben neuen Abhängigkeiten, weitere Verschmutzungskosten von 1,1 Milliarden Euro jährlich, kritisierte Klement den Wirtschaftsminister. Damit, und den Folgevereinbarungen zum Kyoto-Abkommen, habe Bartenstein allein Österreichs EU-Musterschüler-Image in Brüssel polieren wollen.

„Das kommt Österreich jetzt teuer zu stehen“, fügte dem Themessl unter Verweis auf die VOEST-Alpine hinzu. Das Unternehmen, das die höchsten Umweltauflagen Europas erfüllt, werde, so Themessl, zur Errichtung eines Zweitwerkes

in Rumänien genötigt, weil es sich ein solches am Standort Linz nicht mehr leisten könne: „Damit werden vorsätzlich österreichische Arbeitsplätze vernichtet.“

Das Chaos der österreichischen Klimapolitik zeige sich an der Budget-Aufstockung für den sinnlosen CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel um 132 Millionen Euro, kritisierten die beiden Abgeordneten und forderten die Zweckbindung der aus dem „Tanktourismus“ eingekommenen Mineralölsteuer – das waren 2007 rund 200 Millionen Euro – für Forschungsinvestitionen im Bereich der Erneuerbaren Energien.

„Was Österreich dazu dringend braucht ist ein Gesamtenergiekonzept. Im Unterschied zu anderen Ländern gibt es bei uns aber nicht einmal einen parlamentarischen Ausschuß“, kritisierten Klement und Themessl.

## Koalition für weitere Zuwanderung!

■ Mit der „Unterwerfungsgeste“ gegenüber Brüssel in der Diskussion um die „Blue-Card“ setzt die Koalition den irrigen Weg des Beschäftigungszuwachses über Zuwanderung fort, kritisierte Sozialsprecher Herbert Kickl.

Diese neue Zuwanderungswelle zur Bekämpfung des angeblichen „Facharbeitermangels“ hätte nicht nur verheerende Folgen für den Arbeitsmarkt, sondern auch für unser Sozialsystem. „Die Pläne der EU lassen einen Zustrom von gering qualifizierten

Menschen befürchten, die sodann gleich fleißig in die Sozialtöpfe greifen werden. Denn die sogenannten Qualifikationskriterien für Fachkräfte sind mehr als nur verschwommen“, argumentierte Kickl. Schon jetzt gebe es 266.000 Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern in Österreich – nur Estland, Spanien und Zypern hätten innerhalb der Union einen höheren Anteil.

„Diese rot-schwarze Regierung ist in Wahrheit nicht der Motor für den österreichischen Ar-

beitsmarkt, sondern dessen Totengräber“, stellte Kickl klar.



Kickl: Unterwürfigkeit gegenüber Brüssel wird nur Arbeitslosigkeit erhöhen.

### IMPRESSUM

#### Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz.

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung, 1080 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 4. Geschäftsführung: Herbert Kickl, Leitender Redakteur: Andreas Ruttinger. Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung, Vertrieb, Anzeigenannahme, Abo-Abteilung: 1080 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 4, Tel.: 01 / 512 35 35-41, Fax: 01 / 512 35 35 9, e-Mail an die Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at, e-Mail an die Verwaltung: robert.lizar@fpoe.at.

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien. Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis € 0,80. Bezugsgebühr für ein halbes Jahr: € 15,30 (inkl. 10 % MwSt); Auslandsjahresbezug: € 73. Postscheckkonto 1855.450; BA-CA Kontonr.: 602 574 105. Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16. Verlags- und Herstellungsort: Wien. Grundlegende Richtung: Zentralorgan der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen.